



Bessere Motorik fördert das Lernen

Die Motorik von Kindern sollte besser gefördert werden. Das wirke sich nicht nur auf der Waage aus, sondern auch im Schulzeugnis, besagt eine finnische Studie. Ein Kind gilt als motorisch schwach, wenn es oft an etwas anstößt, ungenau mit einem Stift schreibt, ungeschickt mit Bauklötzen hantiert oder einen Ball nicht gut fangen kann. Auf schwache Motorik folgen im Jugendalter häufig Bewegungsmangel und Übergewicht. Diese wiederum haben oft schlechtere Schulleistungen zur Folge. Bild: SN/WWW.BILDERBOX.COM

„Nur arme Kinder kamen in ein Heim“

JOSEF BRUCKMOSER

INNSBRUCK (SN). Erst das reformierte Jugendwohlfahrtsgesetz von 1989 vermochte der Gewalt und dem Missbrauch in österreichischen Kinderheimen im Wesentlichen Einhalt zu gebieten. Das ist eines der aktuellen Forschungsergebnisse zur Fürsorge- und Heimerziehung nach 1945. Kürzlich stand diese späte Modernisierung der österreichischen Erziehungshilfe im Mittelpunkt eines Symposiums an der Universität Innsbruck. Über den Stand der Forschung sprachen die SN mit der Innsbrucker Erziehungswissenschaftlerin Michaela Ralsler, die das Symposium veranstaltet hat.

SN: Frau Professor, was kann die Wissenschaft zur Aufarbeitung der Heimgeschichte beitragen?

Ralsler: Die Studien aus Wien, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg zeigen erstmals das ganze Ausmaß der Problematik. Einmal die große Zahl an Kindern, die in der Nachkriegszeit unter Fürsorgeerziehung gestellt und in Heimen aufgenommen wurden. Allein in der Stadt Wien hat es 2700 Heimplätze gegeben.

Zudem zeigen die Studien auch die Systematik der Unterversorgung, der Sozialdisziplinierung und der Struktur Gewalt der Fürsorgeerziehung. Aus schriftlichen Überlieferungen ebenso wie aus Interviews mit Zeitzeugen und Zeitzeuginnen geht hervor, dass es sich um ein mehrheitlich gewaltvolles System gehandelt hat. Dieses System war sowohl durch physische als auch durch psychische Gewalt gekennzeichnet.

Die ersten Debatten darüber hatte es schon in den 1970er-Jahren gegeben, im Anschluss an die „Heimkampagnen“. Sexuelle Gewalt wurde damals allerdings nicht thematisiert. Es bedurfte erst der Frauenbewegung, um hier die Aufmerksamkeit zu schärfen.

Von der ungleichzeitigen Entwicklung zeugt auch, dass wir in den 1970er-Jahren zwei Erziehungsstile nebeneinander haben: auf der einen Seite eine beginnende aufgeklärte Reformpädagogik und auf der anderen Seite eine autoritär-repressive Heimerziehung.

SN: Wir reden also nicht nur von der Nachkriegszeit, sondern von Zuständen bis ins späte 20. Jahrhundert herauf?

Ralsler: Wir sprechen fälschlicherweise von Geschichte. Tatsächlich

Erziehungsregime. Gewalt und Missbrauch in Kinderheimen haben vielfach erst mit deren Schließung in den 1990er-Jahren geendet.

Die Wissenschaft sieht jetzt auch Frauen als Akteurinnen und Täterinnen.

haben wir es mit einer noch kaum vergangenen Vergangenheit zu tun, mit einer Gegenwartsgeschichte. Die wirklichen Reformen haben erst mit dem neuen Jugendwohlfahrtsgesetz 1989 eingesetzt. Die meisten Heime wurden erst Ende der 1980er-, Anfang der 1990er-Jahre geschlossen.

SN: Die Heime waren in sich geschlossene Systeme. Welche Rolle hat dabei die gesamte Jugendfürsorge gespielt?

Ralsler: Die Forschungen haben bis jetzt gezeigt, dass das geschlossene Heimsystem nur durch ein geschlossenes Jugendfürsorgesystem funktionieren konnte. Die Jugendämter, die Fürsorgerinnen, die kinderpsychiatrischen Konsiliarärzte, die schulischen Gutachten – alles zusammen ist das, was wir heute als Fürsorgeerziehungsregime erkennen. Nur das strategische Zusammenwirken von Fürsorge, Pädagogik, Psychiatrie und Politik konnte dazu führen, dass das alte Fürsorgeerziehungsregime so lang angehalten hat und Reformen erst spät und langsam eingesetzt haben.

Auch die Jugendwohlfahrt hatte mit ihrem sozialdisziplinierenden Auge vor allem die armen, die marginalisierten Kinder der sozialen Unterschichten oder ethnischen Minderheiten (etwa in der Schweiz die Jenischen) im Blick.

SN: Waren es vor allem sogenannte schwer erziehbare Buben?

Ralsler: Es ist ein oft wiederholtes Vorurteil, es handle sich im Kontext der verordneten Erziehung vor allem um Buben. Unser Befund ist, dass es österreichweit bis zu 40 Prozent Mädchen waren.



Bild: SN/PRIVAT

Mutige Betroffene gaben den Anstoß.

Michaela Ralsler,
Erziehungswissenschaft

SN: Bei Ihrem Symposium waren auch Experten aus Deutschland und der Schweiz vertreten. Ist man dort in der Aufarbeitung voraus?

Ralsler: Ein wenig, ja, aber auch dort hatte es schon in den 1970er-Jahren erste Untersuchungen gegeben. Dennoch ist ein Großteil der Aufarbeitung auch im Ausland erst in jüngerer Zeit geschehen. Den entscheidenden Anstoß dazu haben die mutigen Berichte von Betroffenen und die mediale Aufdeckung von sexueller Gewalt in Internaten und Heimen gegeben. Der größte Unterschied ist, dass in Deutschland der „Runde Tisch Heimerziehung“ geschaffen wur-

de, der für die ganze Bundesrepublik zuständig ist.

SN: Wäre eine solche Instanz auch in Österreich notwendig?

Ralsler: Ja. Und die Betroffenen fordern das auch. Sie verlangen zu Recht eine solche gesamtösterreichische Verantwortung und Auseinandersetzung – zusätzlich zu einzelnen Bundesländern, etwa Vorarlberg, Tirol, Wien oder Oberösterreich, die vergleichsweise früh Opferschutzkommissionen eingerichtet haben. Von anderen Ländern, etwa Kärnten, hören wir noch nichts.

Bisher müssen die Betroffenen von Bundesland zu Bundesland gehen, wenn sie eine Entschuldigung oder Entschädigung einfordern wollen. Jede Kommission fühlt sich nur für die Zeit zuständig, in der der Betroffene in einem Heim dieses Bundeslandes war. Das wird aber der Realität nicht gerecht, dass Kinder oft von Heim zu Heim verschickt wurden, auch von konfessionellen in öffentliche und umgekehrt.

Zudem fordern frühere Heimkinder ein Aussetzen der Verjährung. Es geht ihnen nicht so sehr darum, dass eine Person bestraft wird, sondern dass ihre Geschichten verfolgbar bleiben, endlich vor Gericht kommen und dass Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden können. Am 18.

Dezember 2012 gab es dazu eine Demonstration ehemaliger Heimkinder vor dem Parlament.

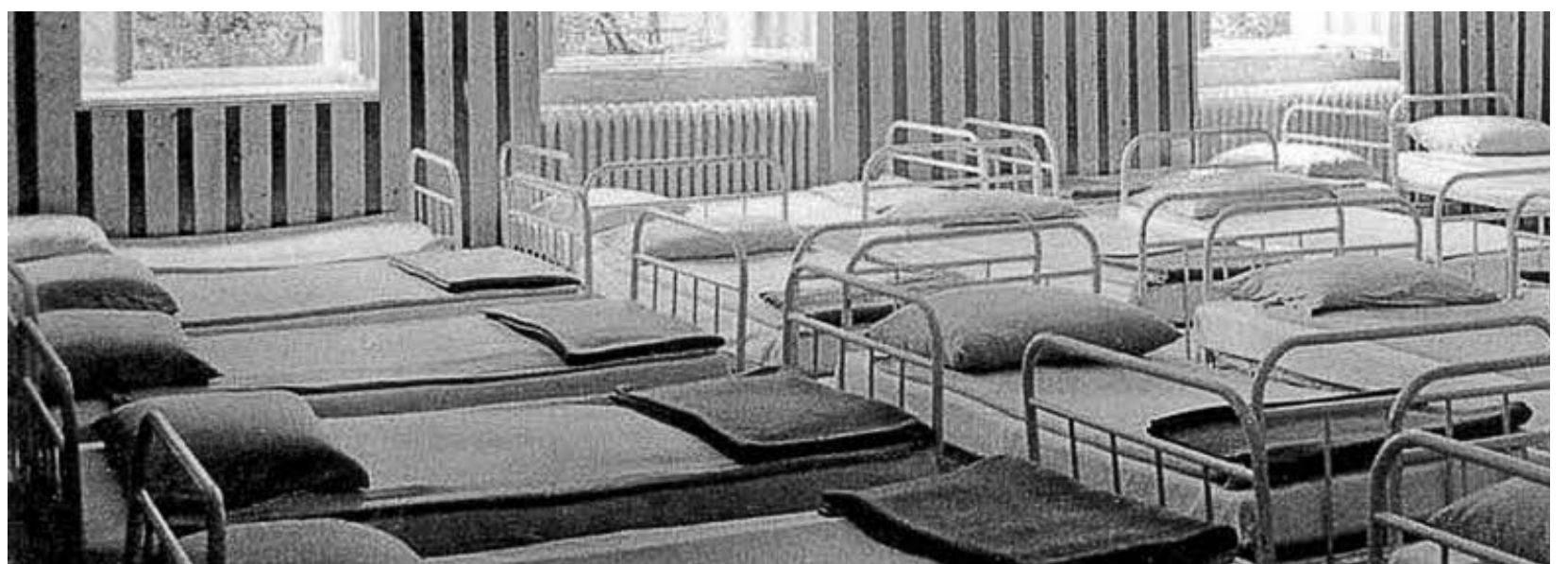
SN: Wie geht es in der Forschung weiter?

Ralsler: Tirol und Vorarlberg wollen weitere Studien in Auftrag geben. Eine könnte sich mit dem Landesjugendheim Jagdberg in Vorarlberg befassen. Es ist in zweierlei Hinsicht prototypisch, einmal als Landesheim für Buben und als Heim, das aus einem frühen Rettungshaus entstanden ist. Eine zweite Studie schlagen wir für das Mädchenheim St. Martin in Schwaz in Tirol vor. Ebenfalls als Pars pro Toto: erstens als Mädchenheim und zweitens als Heim, das aus einem Arbeit- und Korrigendenhaus entstanden ist.

Eine dritte Studie sollte das gesamte Fürsorgeerziehungsregime der Länder erfassen, mit dem Zusammenwirken von Fürsorgeapparat, Fürsorgeerziehungsanstalt und Kinderpsychiatrie.

SN: In der Fürsorge waren vor allem Frauen tätig. Welche Rolle haben Fürsorgerinnen gespielt?

Ralsler: Wir müssen sehen, dass wir es nicht nur mit der Figur des männlichen schlagenden Erziehers zu tun haben. Es kommen ganz neue Akteure und eben auch Täterinnenfiguren in den Blick: die weibliche Erzieherin, die Fürsorgerin, die heilpädagogisch informierte, oft weibliche Kinderpsychiaterin. Frauen waren zwar meist nicht in den Machtpositionen, aber viele von ihnen haben das System und damit auch seine Gewalteinflüsse mitgetragen.



Ehemaliger Schlafsaal im Heim in Schloss Neuhaus, O.Ö. Dort waren auch Salzburger Kinder untergebracht.

Bild: SN/STEFAN VEIGL